

(Vizepräsidentin Anja Schillhaneck)

die Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Otto! – Bitte sehr!

Andreas Otto (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir können jeden Tag in den Wirtschafts- oder Immobilienzeitungen lesen: Berlin ist attraktiv, und Berlin verspricht exorbitante Gewinnmöglichkeiten, wenn man in Immobilien investiert. Eine blühende Zukunft – leider hauptsächlich nur für die Anleger. Wir als Bündnisgrüne interessieren uns für das Kapital der Anleger auch, weil energetisch und barrierefrei saniert werden muss, aber an allererster Stelle geht es uns um die Bewohnerinnen und Bewohner, die Mieterinnen und Mieter dieser Stadt Berlin.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Die sind unsere Priorität, und das nicht nur heute in dieser Sitzung. Wir wollen eine aktive Wohnungspolitik, in den Bezirken, im Bund – denken Sie an das Mietrecht –, aber eben auch – und deswegen diskutieren wir heute hier – vom Senat.

Jetzt ist der Stadtentwicklungssenator nicht da, Herr Gothe sitzt da, der Regierende ist zumindest irgendwie anwesend. Ich habe heute ein Papier in die Hand bekommen, das nennt sich „Berlin – Stadt des Aufstiegs“, und wir haben erst gedacht, es geht um die schlechten Umfragewerte, die Sie haben, Herr Wowereit!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Das haben unterschrieben Klaus Wowereit und zwei seiner Nachfolger, Herr Saleh und Herr Stöß, und da werde ich Ihnen mal einen Satz zitieren. Da steht drin:

Die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland zeigt sich auch in den Berliner Stadtteilen. Diejenigen, denen es besser geht, wohnen in den attraktiven Wohnlagen und können sich steigende Mieten für schöne Wohnungen leisten, andere sind immer häufiger gezwungen, aus Kostengründen ihre gewohnte Umgebung zu verlassen. Diese Entwicklung darf und kann die Berliner SPD nicht ruhen lassen.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Wir werden mit gezielten politischen Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass Wohnen bezahlbar bleibt.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schneider?

Andreas Otto (GRÜNE):

Ja, gerne.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Bitte sehr, Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD):

Herr Kollege Otto! Sind Sie bereit anzuerkennen, dass der hier zuständige Senator im Ältestenrat entschuldigt ist, und einzuräumen, dass es insoweit billige Polemik ist, mit der Sie hier argumentieren?

[Zuruf von den GRÜNEN:
Was ist denn das für eine Frage?]

Andreas Otto (GRÜNE):

Ich bin gerne bereit festzustellen, dass er nicht da ist und dass es eine Entschuldigung gibt. Trotzdem muss man natürlich sagen, wenn hier so wichtiges wohnungspolitisches Thema diskutiert wird, dass es bedauerlich ist für ihn, dass er nicht an der Diskussion teilnehmen kann.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Ich gehe ja – und das habe ich auch, Herr Kollege Schneider, sehr deutlich gesagt – davon aus, dass Wohnungspolitik Chefsache ist, was nicht zuletzt dieses Papier hier deutlich macht.

[Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)]

Herr Buchholz! Sie können sich melden in der Debatte, dann sprechen wir auch noch persönlich weiter.

Ich habe gerade festgestellt, die SPD und der Regierende haben sich etwas vorgenommen. Jetzt haben wir bei diesem Tagesordnungspunkt die Möglichkeit. Herr Wowereit! Hier gibt es drei Initiativen von der Opposition, etwas zu machen. Es gibt die Initiative, die Umwandlung in Eigentumswohnungen in bestimmten Stadtgebieten einzuschränken. Das wollen wir. Jede Wohnung, die umgewandelt wird, die vielleicht vorher eine preiswerte Mietwohnung war, ist danach verloren. Die Koalition setzt auf Neubau. Ich sage Ihnen etwas: Es ist sogar billiger, wenn ich die Umwandlung verhindere. Wer eine Eigentumswohnung haben will, lassen Sie den doch neu bauen! Aber lassen Sie nicht umwandeln, wie es bisher, in den letzten Jahren, in vielen Gebieten – wie ich finde, über Gebühr – gelaufen ist, sondern sagen Sie: Wir regulieren das. Wer eine Eigentumswohnung haben will, der kann bauen, die preiswerten Altbauwohnungen wollen wir erhalten. – Das ist ein Antrag, stimmen Sie dem zu, liebe SPD, liebe Koalition!

[Beifall bei den GRÜNEN –

Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ein weiterer Vorschlag liegt hier auf dem Tisch: den Kündigungsschutz zu verlängern, den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter in Wohnungen, die umgewandelt worden sind, verlängern, nämlich auf zehn Jahre. Das ist das Maximum, das gibt das BGB her. Diese Koalition hat sich dazu – wie übrigens auch die letzte – bisher